

Bundesagentur hat zum Arbeitstreffen geladen

Integration und Qualifizierung von Geflüchteten sind auch 2017 Schwerpunkte

Berlin | Wie jedes Jahr lud die Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Bildungsträgertreffen. Es fand statt in Berlin am 13. März. Etwa 80 Vertreterinnen und Vertreter von regionalen und überregionalen Bildungsträgern waren anwesend. Der Vorstand der BA war dieses Mal nicht vertreten, dafür die Geschäftsführer, Bereichsleiter, Referenten und Referentinnen aus den Bereichen Integration und Fördern, Produktentwicklung und Strategischer Einkauf.

Die BA räumte ein, dass die bisher laufenden Programme zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt nur zu „mäßigen“ Erfolgen geführt haben. Hier soll verstärkt, auch präventiv, angesetzt werden.

Integration & Fördern

Dabei soll es allerdings keine neuen Sonderprogramme geben, sondern die vorhandenen Programme und Fördermaßnahmen sollen verstärkt werden. Dies äußert sich in einem stärkeren Fokus auf der Vermittlung von Teilqualifikationen – als Reaktion auf die sehr starke deutsche Orientierung auf formale Zeugnisse, Diplome und Abschlüsse

Inhalt

- Bundesagentur hat zum Arbeitstreffen geladen
- Editorial
- DWT-Veranstalter sprachen in Brüssel vor
- Grüne Weiterbildungs- und Arbeitsmarktpolitik
- Berufsbildung 4.0 – Fachtagung des BBB, VdP und der FHM



Friedhelm Siepe, BA-Geschäftsführer Integration, begrüßte die Gäste und gab einen Überblick.



Das Bildungsträgertreffen war gut besucht. Etwa 80 Fachleute informierten sich über mögliche Änderungen und Neuerungen.

sollen mit diesen Teilqualifikationen dann Externenprüfungen und die Anerkennung entsprechender formaler Abschlüsse befördert werden, damit die Chancen auf Vermittlung steigen. Gleichzeitig soll soziale Teilhabe für besonders arbeitsmarktfremde Personen ermöglicht werden, dazu wird öffentlich geförderte Beschäftigung mit Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt verstärkt. Hierfür sollen soziale Unternehmen als Beschäftigungsträger auftreten und mit der Förderung von Arbeitsverhältnissen, Eingliederungszuschüssen und Werkver-

trägen die Integration dieser Personen verbessern beziehungsweise überhaupt erst erreichen.

Die Beratung durch die Bundesagentur soll von der Berufsberatung zu einer lebensbegleitenden Beratung hin ausgebaut werden: Sie soll von der Berufsorientierung bis zum Rentenalter greifen und alle diejenigen Personen beraten, die sich beruflich umorientieren wollen, und zwar nicht nur wegen Arbeitslosigkeit oder persönlicher Handicaps, sondern für alle Interessierten.

Der Einkauf der BA referierte den aktuellen Stand der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vergabe der Arbeitsmarktdienstleistungen durch Ausschreibung. Hier wird das Lieferan-

Strategischer Einkauf

tenmanagement weiterentwickelt, das das Verhältnis zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern besser strukturieren und zu einer Verbesserung der Qualität der Arbeitsmarktdienstleistungen führen soll, so der neue Leiter des Strategischen Einkaufs, Claus Birkicht.

Es geht um den Aufbau eines Datenbestandes zur besseren Berücksichtigung früherer Leistungen der Auftragnehmer. Dazu kommt demnächst eine Bewertung der laufenden Fördermaßnahmen durch die Betreuer in den Arbeitsagenturen und Job Centern, damit neben den Aspekten Integrationsquoten und Angebotskonzept auch die tatsächliche Durchführungsqualität der Maßnahmen gewürdigt werden kann.

Für die mittels Gutscheine vergebenen Fördermaßnahmen (Datenbank KURSNET)

Fortsetzung auf Seite 4



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir befinden uns aktuell im Vorwahlkampf, das Handeln der Regierenden folgt immer mehr parteipolitischen Interessen. So sind wir derzeit gespannt, ob es tatsächlich zu einer Tariftrueverordnung kommt, mit der die Schlupflöcher bei der Anwendung des Tarifvertrages bei öffentlichen Ausschreibungen von Arbeitsmarktdienstleistungen geschlossen werden könnten. Wir haben uns hier sehr engagiert und es wäre ein Meilenstein, wenn dies gelänge. Unser nächstes Ziel ist es, noch vor dem Sommer eine Verlängerung des Mindestlohtarifvertrages mit einer weiteren Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach dem Entsendegesetz hinzubekommen.

Es ist schon sehr interessant, wie sich die im Bundestag vertretenen Parteien aus unseren Politfeldern positionieren. Mit unseren Nachfragen werden wir auch stärker als Akteur in diesem Bereich wahrgenommen. Noch sind die Programme der Parteien für die kommenden Jahre nicht beschlossen. Es ist daher wichtig, dass wir jetzt unsere Expertise im Sinne unserer Teilnehmer einbringen.

Das Thema „Digitalisierung der Aus- und Weiterbildung“ gewinnt an Bedeutung. Wir stellen uns dieser Herausforderung – national und international, als BBB und zusammen mit befreundeten Verbänden. Und wir werden mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, zeitnah über die strategische Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik beraten.

Im Mai wird der BBB 15 Jahre alt. Das werden wir am 11. und 12. Mai feiern. Ich freue mich darauf, viele von Ihnen in Hamburg begrüßen zu können!

Herzlichst
Ihr
Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Vorstandes



EU-Kommissar Günter Oettinger hatte geladen

DWT-Veranstalter sprachen in Brüssel vor

Brüssel | Am 28 Februar trafen sich Vertreter des Deutschen Weiterbildungstages (DWT) in der Avenue de Beaulieu in Brüssel mit dem Referatsleiter „Digitale Wirtschaft und Kompetenzen“, Alexander Riedl. An dem Gespräch nahmen der Sprecher des Veranstalterkreises Deutscher Weiterbildungstag, Siegfried Schmauder, der BBB-Vorsitzende Thiemo Fojkar, BBB-Geschäftsführer Walter Würfel und EVBB-Generalsekretär Horst Dreimann teil sowie Vertreterinnen der Generaldirektion „Employment“.

Die EU ist zurzeit dabei, die Validierung und Anerkennung von nonformal und informell erworbenen Kompetenzen voranzutreiben, also solcher Kompetenzen und Fähigkeiten, die nicht mit formalen Abschlüssen (Facharbeiterbrief, Studienabschluss) nachgewiesen werden können. Hier werden dezidiert auch die „digitalen Kompetenzen“ abgebildet, also Fähigkeiten, mit Medien, Internet, Smartphone etc. umzugehen.

Die deutsche Seite erläuterte die Aufgaben der Bildungsträger in Deutschland im Zusammenhang mit der Digitalisierung, gerade bei Personengruppen, die eher als benachteiligt gelten. Hier wäre ein Ansatzpunkt gemeinsamer Aktivitäten.

Wichtig aus Sicht der EU wäre ein Austausch von Best Practice und in Deutschland gemachten Erfahrungen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit.

Es wurde vereinbart, für das Jahr 2018 eine europäische Tagung zur Bestandsaufnahme und zur Herstellung von Transparenz im Bereich Digitalisierung zu veranstalten.

Außerdem soll bei der nächsten European Vocational Skills Week Ende des Jahres 2017 zusammengearbeitet werden.

Es war ein sehr positives und konstruktives Gespräch über ein sehr komplexes Themengebiet. Eine Gemeinsamkeit war das Interesse und auch die Notwendigkeit, die Entwicklung und Verbesserung digitaler Kompetenzen voranzutreiben.

Die Einladung zum Erfahrungsaustausch hatte der ehemalige EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft Günter Oettinger in seiner Videobotschaft zur Auftaktveranstaltung des sechsten Deutschen Weiterbildungstages im vergangenen September in Berlin ausgesprochen. Für diese Veranstaltung zum Thema „Fit für die Digitale Welt“ hatte er die Schirmherrschaft.

W. W.

Ziel der Generaldirektion ...

... für Kommunikationsnetze, Inhalt und Technologie der Europäischen Kommission ist es, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und sicherzustellen, dass jede Branche in jedem Sektor in Europa die digitalen Innovationen optimal nutzen kann, um auf globaler Ebene zu konkurrieren, zu wachsen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Direktion ist verantwortlich für die Koordination der Digitalisierung der Industriestrategie nach der Verabschiedung des DSM (DigitalSingleMarket)-Technologiepakets im April 2016 einschließlich der Verbindungen zu nationalen Initiativen wie Industrie 4.0 (DE)

Individuell, nachhaltig, inklusiv

Grüne Weiterbildungs- und Arbeitsmarktpolitik

von Brigitte Pothmer

Berlin | Das grüne Ideal ist eine Arbeitsmarktpolitik, die alle Menschen optimal unterstützt – unabhängig davon, ob sie beschäftigt oder selbständig sind, ob sie ALG I oder ALG II beziehen, egal wie alt sie sind oder welche Voraussetzungen sie mitbringen. Dafür müssen Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung gute Rahmenbedingungen bieten und mit genügend Geld, genügend Personal und flexiblen Instrumenten ausgestattet werden. Davon sind wir vor allem im Hartz-IV-System weit entfernt.

Zurzeit ist die Weiterbildung in aller Munde – und das ist auch gut so. Entscheidend ist, dass lebenslanges Lernen, das im Zuge der Digitalisierung immer wichtiger wird, nicht mehr nur in Sonntagsreden hochgehalten wird. Bislang sieht der Weiterbildungsalltag eher trist aus. Nur die Hälfte der Erwachsenen nimmt überhaupt an beruflichen Weiterbildungen teil. Unterrepräsentiert sind Geringqualifizierte, aber auch Migranten, Ältere oder Frauen. So wird Ungleichheit zementiert – auch in der Arbeitsförderung.

Besonders problematisch ist das in der Grundsicherung, weil dort knapp 60 Prozent der Arbeitslosen keine Berufsausbildung haben und jeder Fünfte nicht einmal über einen Schulabschluss verfügt. Trotzdem spielen Qualifizierungen nur eine untergeordnete Rolle, wofür auch der im SGB II immer noch geltende Vermittlungsvorrang sorgt.

Das ist kurzsichtig. Studien zeigen, dass Arbeitslose erheblich von Weiterbildungen profitieren. Sie finden besser bezahlte Arbeit und werden seltener wieder arbeitslos. Längere Weiterbildungen und Umschulungen sind dabei am wirkungsvollsten, vor allem bei arbeitsmarktfernen Menschen. Diese Erkenntnisse müssen wir endlich ernst nehmen und einen Strategiewechsel einleiten.

Dabei geht es nicht nur um mehr Qualifizierungen, sondern um eine grundsätzliche Neuausrichtung der Arbeitsförderung. Dies ist besonders wichtig, weil wir es nicht nur mit einer anhaltend hohen Langzeitarbeitslosigkeit zu tun haben, sondern zusätzlich durch die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen gefordert sind.

Statt Arbeitslose mit unterschiedlichen und oft komplexen Problemlagen weiter über einen Kamm zu scheren, müssen die Weichen in Richtung individueller und nachhaltiger Integrationen gestellt werden. Passgenaue Strategien erfordern flexible Instrumente,

Studien zeigen, dass Arbeitslose erheblich von Weiterbildungen profitieren.

die je nach Ausgangslage angeglichen und kombiniert werden müssen. Es genügt nicht, Arbeitsuchende in gerade zur Verfügung stehende Maßnahmen zu verfrachten. Auch der Trend zu immer kleinteiligeren Sonderprogrammen muss gestoppt werden. Sie verursachen hohen bürokratischen Aufwand, binden viel Geld und schaffen keine nachhaltigen Strukturen; laufen Programm und Finanzierung aus, bricht alles wieder zusammen

Darum wollen wir weg von Ineffizienz,

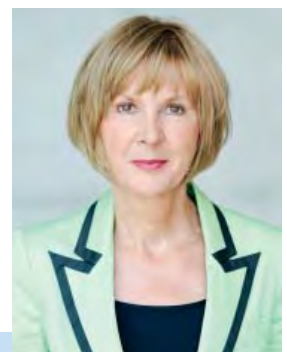
Auch andere Rahmenbedingungen müssen stimmen. Die Jobcenter brauchen genügend Geld ...

08/15-Angeboten und vom „Programm-Hopping“. Das heißt für uns auch, dass in der Arbeitsförderung nicht nur der schnelle Erfolg vom Steuerungssystem honoriert werden darf: Auch das Erreichen von Zwischenzielen oder qualitative Fortschritte im Integrationsprozess müssen sich „auszahlen“, so dass auch endlich die Arbeitslosen erreicht werden, die am meisten Unterstüt-

zung brauchen. Das erfordert zudem einen Paradigmenwechsel und die Abkehr von der Auffassung, einfach jeder könne in Arbeit vermittelt werden. Rund 400 000 Arbeitslose haben absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt. Sie brauchen für die Teilhabe an Arbeit endlich den verlässlichen Sozialen Arbeitsmarkt und den Passiv-Aktiv-Transfer nach dem Prinzip „Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit“.

Auch andere Rahmenbedingungen müssen stimmen. Die Jobcenter brauchen genügend Geld für Personal und Sachmittel. Nur so kann das Umschichten von Mitteln – zuletzt floss eine dreiviertel Milliarde Euro vom Förder- in den Verwaltungstopf – gestoppt werden. Notwendig sind darüber hinaus an Qualität orientierte Vergabeverfahren und die anständige Bezahlung der Fachkräfte in der Weiterbildung. Allein das sichert qualifizierte Mitarbeiter, erfolgreiche Maßnahmen und nachhaltige Integrationen.

Auch in der Arbeitslosenversicherung sehen wir Reformbedarf. Sie muss auf die digitale Zukunft ausgerichtet werden und wieder mehr Menschen Schutz bieten, gerade wenn sie nicht im Normalarbeitsverhältnis arbeiten. Aber nicht nur der Zugang zur Arbeitslosenversicherung muss erleichtert werden. Sie darf zukünftig nicht erst im „Versicherungsfall Arbeitslosigkeit“ tätig werden, sondern muss viel mehr Beschäftigte vorbeugend mit Qualifizierungen unterstützen, um im besten Fall Arbeitslosigkeit ganz zu vermeiden.



Brigitte Pothmer MdB
Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anmerkung der Redaktion

Im Vorfeld der im September stattfindenden Bundestagswahlen befragt der BBB-Infobrief die im Bundestag vertretenen Parteien nach ihren Vorstellungen zur Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. In der Februar-Ausgabe veröffentlichten

wir einen Gastbeitrag von Katja Mast, Sprecherin der SPD-Fraktion für Arbeit und Soziales. In dieser Ausgabe bezieht Brigitte Pothmer, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Position, im Juni die CDU und im August DIE LINKE.

Veranstaltungshinweis

Berufsbildung 4.0 – Fachtagung des BBB, VdP und der FHM

Der Bildungsverband BBB, der Verband deutscher Privatschulverbände VdP und die Fachhochschule des Mittelstandes FHM nehmen eine bewährte Tradition wieder auf: sie führen eine gemeinsame Fachveranstaltung durch, und zwar in Berlin am 3. Mai. Thema ist „Berufsbildung 4.0 – Strategien, Beispiele, Befunde und Perspektiven“. Hier ein Ausschnitt aus dem Einladungstext:

„Das Thema Digitalisierung ist für die Gesellschaft im Ganzen bekanntermaßen eine große Herausforderung. Die bereits laufende Entwicklung zu einer Industrie 4.0 tangiert in direktem Zusammenhang auch die berufliche Bildung in Deutschland. Von Seiten der beteiligten Akteure, die unterstützend an dieser Passage tätig sind, herrscht Einigkeit darüber, dass es an bildungspolitischen Strategien grundsätzlich nicht mangelt. Was fehlt, sind sowohl systematische Informationen über bekannte wissenschaftliche Befunde als auch nähere

Einblicke in ausgewählte Beispiele guter Praxis. Auch die Frage der Messung von Digitalisierungsständen im Bereich der beruflichen Bildung ist bisher noch nicht hinreichend erörtert und hinsichtlich der Konsequenzen diskutiert.“ Die Fachtagung will versuchen, einige dieser genannten Aspekte aus diversen Blickwinkeln zu beleuchten. So vermittelt die Veranstaltung Vorständen, Geschäftsführern, Leitungspersonal von Bildungsträgern, Personalverantwortlichen in Betrieben und Vertreterinnen und Vertretern der Bildungspolitik einen Überblick der aktuellen Diskussion und gibt Impulse aus der Bildungspraxis. Der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser und die stellv. Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, Elke Hannack, sprechen zu Dimensionen und Perspektiven der Digitalisierung und zu



Arbeit 4.0. Neben Beiträgen der Vorstände und Geschäftsführer der veranstaltenden Organisationen gibt es Beiträge aus der Wissenschaft und drei Impulsrunden, in denen praktische Beispiele vorgestellt und diskutiert werden – es wird spannend!

Anmeldung und Informationen:
fh-mittelstand.de/berufsbildung
 Anmeldeschluss: 19. April

Fortsetzung: Bundesagentur hat zum Arbeitstreffen geladen

gibt es Neuerungen durch die Einbeziehung von Bewertungen der Qualität („Sternebewertung“).

Integration & Qualifizierung

Zur Ausgestaltung dieser Bewertung gibt es allerdings noch Gesprächsbedarf. Der BBB hat hier einen Dialog mit der BA angeregt. Last but not least kam natürlich das Thema Integration und Qualifizierung von Geflüchteten nicht zu kurz. Hier waren ja im vergangenen Jahr verschiedene kombinierte KompAS Fördermaßnahmen angelaufen: Kompetenzvermittlung, Aktivierung und Spracherwerb. Da Sprachkurse nach vollständig anderen Kriterien vergeben werden als die Qualifizierungsmaßnahmen, gab es hier massive Probleme. Sprachkursträger müssen eine Zulassung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nachweisen, die Verteilung der Teilnehmenden auf die Kurse erfolgt individuell mit Berechtigungsscheinen. Die Finanzierung erfolgt durch

teilnehmerbezogene Pauschalen und vorgegebene Honorare für die Lehrkräfte. Der Qualifizierungsanteil wird aber durch öffentliche Ausschreibung vergeben, die Träger müssen auch eine – allerdings grundlegend andere – Zulassung nachweisen, nämlich nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung AZAV, die Finanzierung erfolgt durch den Preis für diese Dienstleistung. Mittlerweile haben BA und BAMF für die neue Generation der KompAS-Kurse (Beginn ab Oktober 2017) andere Verfahren entwickelt. Dies geht

Produktentwicklung

auch auf die Erfahrungen der Träger zurück. Im Rahmen der Produktweiterentwicklung konnten die Träger eine Vielzahl von Stellungnahmen und Verbesserungsvorschläge an die BA übermitteln. Diese wurden für die neuen Maßnahmen großteils aufgegriffen. Für diese Mitarbeit bei der Verbesserung der Produkte bedankte sich die Bundesagentur ausdrücklich.

Insgesamt war das Trägertreffen Ausdruck einer konstruktiven Arbeitsebene, die mittlerweile mit der BA erreicht wurde. Die großen Linien der Geschäftspolitik werden dann eher in den auch für dieses Jahr wieder geplanten Gesprächen zwischen den Vorständen der Bundesagentur und des Bildungsverbandes erörtert.

Walter Würfel

BBB Info-Brief, April 2017

Herausgeber
 BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.
 Vorsitzender des Vorstandes: Thiemo Fojkar
 Hannoversche Straße 19A · 10115 Berlin

www.bildungsverband.info
Redaktion
 Franz Siegert, Walter Würfel
 Telefon 030 20454849
redaktion@bildungsverband.info

Fotos
 EU - GD CONNECT, Büro Pothmer, Rumpfenhorst, Siegert

Druck
 GOB-Service · Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 24. Mai 2017